

Haushaltsrede 2015 der UWE Fraktion (Verfasser: Thomas Huesmann)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und Kollegen,
liebe Zuhörer,

noch nie wurde uns ein Haushalt vorgelegt, dessen finanzielles Desaster solche dramatischen Auswirkungen eines Verlustes in Höhe von knapp 8,2 Mio. Euro ausgewiesen hat. Aufgrund der noch vorhandenen Ausgleichsrücklage von ca. 7,6 Mio. Euro konnte dieser Verlust annähernd verkraftet werden.

Die laut Verwaltung prognostizierten Ergebnisse für 2016 bis 2018 sahen zum Zeitpunkt der Etateinbringung ein strukturelles Defizit jährl. von durchschnittlich ca. 6 Mio. vor. Ein weiterer Ausgleich über die Ausgleichsrücklage wäre mangels Masse ab 2016 nicht mehr möglich. Im Finanzergebnis müssten Liquiditätskredite aufgenommen werden die sich dramatisch bis zum Jahr 2018 auf 21 Millionen steigern würden um den Verpflichtungen nachkommen zu können. Das, meine Damen und Herren war kurz und knapp gefasst die Ausgangslage für die Kommunalpolitiker bei der Auseinandersetzung mit dem Etat 2015. Es drohte nicht eine Haushaltssicherung sondern sie war letztlich vorgegebener Bestandteil der Beratungen.

Für die UWE-Fraktion gab es folglich nur zwei Möglichkeiten. Entweder werden wir durch die Haushaltssicherung ab 2015 fremdbestimmt durch die Kommunalaufsicht und einen vorgesetzten Sparkommissar oder wir versuchen aus eigener Kraft unser letztes Fünkchen an Eigenständigkeit und Selbstverwaltung zu erhalten. Wir haben als neue Kraft im Rat uns für letzteres entschieden und unsere Bereitschaft erklärt, Verantwortung über diesen Etat 2015 zu übernehmen.

Dabei war für uns Voraussetzung dass von allen Opfer erbracht werden müssen um dieses Ziel zu erreichen. Darunter vielen alle

- sozial-,kultur-und sporttreibende Vereine,
- ein Verzicht auf lieb gewordene Standards sowie
- Mittelkürzung innerhalb der Verwaltung im Personal-und Sachaufwendungsbereich.

Wenn diese Ziele nach unseren Vorstellungen erreicht würden, hat sich die UWE bereiterklärt, erstmals seit Jahrzehnten die Steuern über dem fiktiven Hebesatz **einmalig** zu erhöhen. Diese Bausteine waren für die UWE untrennbare Voraussetzung, dem Etat zuzustimmen um im Ergebnis einer Haushaltssicherung zu entgehen.

Die Auswirkungen dieser Etatbeschlüsse sind für die betroffenen Vereine schmerzlich. Aber die UWE steht auf dem Standpunkt das weniger Zuschüsse mehr ist, als wenn der Sparkommissar die Zuschüsse entweder ganz streicht oder noch mehr kürzt. Das gleiche gilt logischerweise auch für die Verwaltung. Ebenso betrifft es die Bürger, die über die Steuern ihren Beitrag leisten müssen.

Die UWE ist sich darüber im Klaren, dass dieser Vorgang sich aus eigener Kraft zu retten nicht wiederholbar, sondern einmalig ist. Wir sind nicht die Deppen der Bundes- und Landespolitiker, für deren unfinanzierten Beschlüsse wir den Kopf hinhalten sollen. Denn Feststellen muss man, dass dieses gigantische Haushaltsdefizit nicht hausgemacht ist, sondern Ursache der nicht kalkulierbare massive Eingriff des Bundes und Landes in die kommunale Haushaltspolitik ist, und zwar durch Leistungsversprechungen die nicht eingehalten worden sind. Der Bund gaukelt den Bürgern eine heile Welt vor, indem es ihm gelungen ist eine schwarze Null im Bundesetat zu erreichen. Aber zu welchem Preis? Er nötigt dem Land und den Kommunen dafür Lasten auf, die ursächlich in der Finanzverantwortung des Bundes zu suchen ist. Das Land wiederum reagiert zu Lasten der kommunalen Haushalte durch extreme Kürzungen der Schlüsselzuweisungen bei den bis dato noch finanzstarken Gemeinden. Gleichwohl versprechen Bund und Land Hilfen für die ertrinkenden Kommunen. Versprechungen, die bis heute nicht eingehalten wurden.

Auch die Verwaltung wird noch einen größeren Beitrag an Einsparungen erbringen müssen. Deshalb wird der Antrag der UWE mit einer Finanzkommission die im Etat als Transferleistungen zusammengefasste Position im einzelnen untersuchen und dem Rat Vorschläge unterbreiten, wo weitere Einsparpotentiale liegen können.

Ebenso müssen wir bei den von der Verwaltung vorgelegten Managementberichten rechtzeitig bei sich ändernden Auswirkungen auf den Etat reagieren. Das hätte man sicherlich auch schon in der Vergangenheit tun müssen. Denn ein strukturelles Defizit der Haushalte liegt schon seit längerem vor.

Die Tränen sind mir allerdings am vergangenen Samstag bei der morgendlichen Zeitungslektüre gekommen. Die schlechte Finanzlage sei keine Überraschung nach Auffassung der SPD. Gut zu wissen, dass für die SPD ein eklatantes von Land und Bund zu verantwortendes unerwartetes Haushaltsloch von knapp 6 Mio. Euro keine Überraschung darstellt. Auch gut zu wissen, dass die SPD uns erklärt, das diese Anzeichen sich seit Jahren

andeuteten. Mit Verlaub, meine Damen und Herren der SPD, wenn jemand seit 3 Jahren darauf hingewiesen hat, sparen zu müssen, dann waren das meine Wenigkeit als Einzelratsmitglied sowie die Grünen, die darauf hingewiesen haben. Wenn allerdings die SPD in ihrer finanzpolitischen Weisheit davon Kenntnis hatte, muss sie sich vorwerfen lassen, warum sie bei den vorgelegten Managementberichten nicht eingeschritten ist, sondern wieder mal abgetaucht ist.

Die SPD schreibt, dass sie durchaus Sparpotentiale ausgelotet hat, indem sie sich gefragt hat, welche zusätzliche Steuerlast dem Bürger zuzumuten sei. Das Ergebnis haben sie bis heute erfolgreich verheimlicht. Die Krönung, Herr Dr. Kock, ihres Haushaltspolitischen Beitrags gipfelt in ihrem Gejammer, dass die größeren Fraktionen eine Zusammenarbeit mit ihnen verweigert habe. Solange sie ein Geheimnis um ihre ausgeloteten Sparpotentiale machen kann im Umkehrschluss eine Zusammenarbeit nicht zu Stande kommen.

Wenn ihre Sparpotenziale denn Potenzial hätten, dann wäre es zu erwarten gewesen, dass sie sie als Antrag in die Etatdebatte auch eingebracht hätten. Ich bleibe dabei: Ihr Verhalten bei den schwierigen Haushaltsberatungen war ein jämmerliches Erscheinungsbild. Indem sie sagen, dass sie durchaus Sparpotentiale ausgelotet hätten, haben sie nicht berücksichtigt, dass das Wort **durchaus** gleichbedeutend wie **nicht ausreichend** ist.

Die „Volkspartei“ SPD hat sich den Etatberatungen 2015 schlicht und einfach verweigert und ist regelrecht wieder einmal abgetaucht, nach dem Motto, wir waschen unsere Hände in Unschuld. Das war ihr Beitrag, nicht mehr und nicht weniger, wobei weniger gar nicht mehr geht.

Die Verabschiedung des diesjährige Etats war an Ereignissen mit Überraschungen versehen. Zum einen haben sich Veränderungen zwischen Haushaltseinbringung und Verabschiedung von 7,2 auf 8,2 Millionen Defizit ergeben. Nicht gerade eine kleine Differenz innerhalb eines solchen kurzen Zeitraumes. Ebenso war die Geburt zur Mehrheitsfindung über die Verabschiedung dieses schwierigen Etats nicht einfach herzustellen. Für diesen Haushalt, der keine Geschenke sondern extreme Opfer von allen abverlangt hat, ist eine Mehrheit zu finden nur mit Kompromissen möglich, die nicht einfach herzustellen waren.

Die UWE ist sich ihrer Verantwortung bewusst und wird diesem zu verabschiedenden Haushalt einstimmig zustimmen. Auch wenn es kein erfreuliches Ereignis ist.

Unser Dank gilt an die Verwaltung. Allen voran hier der Kämmerin Frau Schriewer. Ohne ihre Zuarbeiten wäre für die Politik eine Entscheidung heute nicht möglich gewesen.